

## "Verhandlungen können auch scheitern"

Planungsdezernent Olaf Cunitz schließt nicht aus, auch dem neuen Magistrat weiter anzugehören. Der SPD wirft er vor, sich aggressiv zu verhalten. Auch für die Grünen gebe es Grenzen.

Die Grünen erhalten wohl nur zwei Dezernate. Verkaufen sie sich unter Wert?

Nein. Es kommt am Ende auf ein Gesamtergebnis an, das vor allem durch Inhalte bestimmt wird und nicht durch Zuständigkeiten oder Posten. Wir sind der kleinste Partner in einer anzustrebenden Dreier-Koalition. Das schlägt sich auch auf die Stärke im Magistrat nieder.

War für sie trotz der Wahlniederlage nicht mehr drin als Umwelt und Gesundheit, zum Beispiel Planung und Verkehr?

SPD und CDU haben über mehrere Wochen verhandelt, mit wem sie Koalitionsverhandlungen aufnehmen wollen. Letztlich haben sich beide durchgerungen, den Grünen ein Angebot zu machen. Das lautete, dass wir bestimmte Zuständigkeiten und zwei hauptamtliche Dezernate haben können: Entweder ihr nehmt das an, oder ihr sitzt nicht mit am Verhandlungstisch. Das ist eine schwierige Wahl. Die FDP wäre ja auch bereit, in eine Koalition einzusteigen. In so einer misslichen Situation war es uns wichtig, überhaupt in die Lage versetzt zu werden, über Inhalte zu verhandeln, was bisher nicht stattgefunden hat.

Sehen Sie selbst noch Chancen, weiterzumachen und dem Magistrat anzugehören? Etwa als Gesundheitsdezernent?

CDU und SPD müssen zunächst formal die Entscheidung treffen, mit den Grünen zu verhandeln. Dann treten wir in Verhandlungen, und die Grünen müssen für sich die Personalfragen klären. Die CDU will das Bürgermeisteramt haben. Das funktioniert nur, wenn ich abgewählt werde. Das würde bedeuten, dass ich erst einmal dem Magistrat nicht mehr angehöre.

Die SPD ließ während der Sondierungsgespräche einen Unwillen erkennen, mit Ihnen und Frau Sorge zusammenzuarbeiten. Hing es am Ende an Personen und weniger an Inhalten?

Es gab bisher klare Gepflogenheiten: Die Personalentscheidungen obliegen selbst den Parteien und werden nicht durch andere diktiert. Wer sich Personalfragen vorschreiben lässt, gibt die Selbstachtung auf. Es hat mich überrascht, mit welchem Nachdruck dies teilweise eingefordert wurde. Das hat bei Teilen der Grünen auch durchaus verfangen. Wir haben das für uns aber immer zurückgewiesen: Wir bestimmen selbst unser Personal – im Magistrat und in der Verhandlungskommission.

Ist schon entschieden, wen Sie für den Magistrat nominieren?

Nein, ich kenne keine Entscheidung der Partei.

Welche Rolle spielte bei den Gesprächen Zwischenmenschliches?

Man ist gut beraten, der Politik eine gewisse Rationalität zu geben. In zehn Jahren gibt es zwischen Koalition und Opposition natürlich auch Reibereien. Wenn man nicht in der Lage ist, damit vernünftig umzugehen, dann ist das ein Problem. In der SPD tut sich der eine oder andere sehr schwer damit. Sie und Peter Feldmann gelten nicht als beste Freunde. Welche Rolle spielte der Zwist mit dem Oberbürgermeister?

Dieser Einschätzung muss ich entgegentreten. Woran macht man das fest?

Zum Beispiel am Streit um die ABG.

Den habe ich ja nicht allein geführt, sondern Kämmerer Uwe Becker und andere genauso. Ich habe nicht erlebt, dass mit gleicher Vehemenz andere Köpfe gefordert wurden. Man versucht einfach, einen starken grünen Akteur rauszukegeln. Ich habe auch den Oberbürgermeister gefragt, ob es ein persönliches Problem gibt, und ihn so verstanden, dass dies nicht der Fall sei. Ich habe mich in den letzten zwei Jahren um ein vernünftiges Miteinander bemüht. Man sollte mit diesen Gerüchten einmal aufhören. Da ist nichts dran.

Sie können, wenn es dabei bleibt, wohl auch als Planungsdezernent nicht weitermachen, denn das will Herr Josef werden. Ein Abschied mit Wehmut?

Politik ist weit davon entfernt, ein Wunschkonzert zu sein. Ich habe mich bemüht, in den vergangenen vier Jahren die Weichen vernünftig zu stellen, und hätte sehr gerne weitergemacht. Aber Demokratie bedeutet eben auch Wechsel.

Über hohe Wohnkosten wird besonders geklagt. Haben Sie genug dagegen getan?

Wir haben im Wohnungsbau die höchsten Fertigungszahlen auf die Einwohnerzahl gesehen in ganz Deutschland. Das macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich habe auch keinen Konflikt gescheut, wenn es um die Wohnbaulandentwicklung ging.

Die SPD suggerierte im Wahlkampf, Ihre Amtszeit stehe für teure Wohntürme mit Hundewaschplätzen. Fühlen Sie sich missverstanden?

Die Opposition wollte die Arbeit meines Dezernats diskreditieren. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Wir haben den Schwund an Sozialwohnungen stoppen können, der zu Zeiten, als die SPD Verantwortung hierfür trug, ein dramatisches Ausmaß hatte. Das zählt und nicht die paar Wohnhochhäuser, die nicht repräsentativ sind für unsere Wohnungspolitik.

Fachleute, die beruflich mit der Stadtplanung zu tun haben, sind über Ihre Amtsführung voll des Lobes. Für viele Bürgerinitiativen hingegen sind Sie ein rotes Tuch. Kam Ihre Politik in der Bevölkerung einfach nicht an?

Die Bürgerinitiativen, vor denen ich großen Respekt habe, kann man nicht einfach gleichsetzen mit der Bevölkerung. Wenn man sich der Illusion hingibt, dass man Stadtentwicklung konfliktfrei betreiben kann, wird man keinen Erfolg haben. Die Interessenkonflikte sind oft nicht auflösbar, davor darf man nicht zurückschrecken. Aber man muss die Debatte über die besten Lösungen führen.

Sollten Sie dem neuen Magistrat nicht angehören: Gibt es für Sie einen Plan B?

Nein, ich will mich, solange es mir gegeben ist, voll und ganz auf meine inhaltliche Arbeit konzentrieren. Außerdem fühle ich mich verpflichtet, in den Koalitionsverhandlungen für die Grünen das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Auch, wenn ich weiß: So schwierig wie jetzt war es noch nie. Die Koalitionsverhandlungen können auch scheitern. Wenn sich für die Grünen kein tragfähiges Gesamtergebnis abzeichnet, nehmen wir eine andere Rolle in der Kommunalpolitik wahr. Davor darf man keine Furcht haben.

Die Fragen stellte Rainer Schulze.